

Aufschwung durch Vertrauen

Autor : Jean-Dominique Giuliani



Die wirtschaftliche Situation der Europäischen Union verlangt nach dringenden Antworten. Während das europäische Wachstum bei 1% stagniert, wächst die Wirtschaft in den USA mit mehr als 2,5% und in China mit mehr als 7%. Die Arbeitslosigkeit in der EU liegt bei 10% (11,5% in der Eurozone) und die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind größer geworden. Zwar steht Europa noch immer für die Region mit dem größten Wohlstand weltweit und ermöglicht ein Leben in Freiheit, es verzweifelt aber immer mehr an sich selbst. Gerade durchlebt die Europäische Union eine Phase der

politischen Stagnation und besonders an der Wirtschaftspolitik scheiden sich die Geister. Um sich aus dieser schwierigen Lage zu befreien, glaubt Jean-Dominique Giuliani, braucht es eine Kraftanstrengung und neue Ideen, die nicht unbedingt die naheliegendsten sein müssen. Man kann die Krisen von heute nicht mit den Rezepten von gestern lösen. Eine wirkliche Strategie - offen und pragmatisch - ist unausweichlich für den Erfolg in der Zukunft.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Kulturerbe **Finanzkrise** : Vertrauen - Eurozone - Spanien - Frankreich - Griechenland - Portugal **Kommission** : Digitales - Handel - Einwanderung - Produktrücknahme - EU/Korea - Nachbarschaft - China/Taiwan **Parlament** : EZB **Rat der Europäischen Union** : Wettbewerbsfähigkeit - Montenegro **Diplomatie** : Iran - Tunesien - Kuba **Gerichtshof** : Sozialtourismus **EU-Rechnungshof** : Jugend **Europäische Agenturen** : Weltraum - Flugsicherheit - Immigration **Deutschland** : Finnland **Österreich** : Ukraine **Bulgarien** : Atomenergie **Frankreich** : Klima **Griechenland** : Reformen **Polen** : NATO **Großbritannien** : Parlament - Debatte/Wahlkampf **Ukraine** : EU-Ukraine **Europarat** : Konvention **UNO** : Asyl **Eurostat** : Handel **Berichte / Studien** : Luxemburg - EZB - Handel - EGMR **Veröffentlichungen** : Irland **Kultur** : Velasquez/Paris - Museum/Malaga - Festival/Baden-Baden - Festival Salzburg - Festival/Aix

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Haus von Robert Schuman wird europäisches Kulturerbe



Das Haus von Robert Schuman, dem zweimaligen französischen Ministerpräsidenten und EU-Parlamentspräsidenten von 1958 bis 1960, ist in einer Entscheidung der europäischen Kommission am 10. März zum europäischen Kulturerbe ernannt worden. Es war bekanntlich in diesem Haus in Scy-Chazelles an der Mosel, wo Robert Schuman die erste Version seiner berühmten "Erklärung des 9. Mai 1950" aufgesetzt hatte, in der er sich für eine europäische Integration nach dem zweiten Weltkrieg stark machte. 16 anderen Europäern wurde bislang dieselbe Ehre zuteil... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Vertrauen in die Eurozone verbessert sich



Das wirtschaftliche Vertrauen in die Eurozone, das sich bereits im Januar und im Februar verbessert hatte, hat auch im März weiter zugenommen. Glaubt man den Zahlen, die die Europäische Kommission in einer Erklärung am 30. März vorgelegt hat, dann haben der Optimismus von Verbrauchern sowie bessere Erwartungen im Industriesektor maßgeblichen Anteil daran. So ist der Index für das Vertrauen in die Eurozonen-Wirtschaft auf 103,9 Punkte gestiegen und liegt damit um 1,6 Punkt höher als noch im Februar. Die Verbraucher schätzen die Situation auf dem Arbeitsmarkt optimistischer als noch zuletzt ein. Aber auch die Aussichten für die Wirtschaft im Allgemeinen, und in etwas geringerem Maße die Entwicklung ihres Ersparnis, sehen viele positiver. Der Vertrauensanstieg in der Industrie (+1,7%) spiegelt die positiven Aussichten der Unternehmensführer in Bezug auf Produktionswachstum und Auftragslage wider...
[Fortsetzung](#)

Wachstum in der Eurozone nimmt Fahrt auf



Das Wirtschaftswachstum in der Eurozone hat im März in beträchtlichem Maße angezogen. Nach Schätzungen des Finanzinformationsdienstes Markit war der Einkaufsmanagerindex (PMI) im vergangenen Monat so hoch wie schon seit vier Jahren nicht mehr. Der PMI der Eurozone stieg auf 54,1 an, gegenüber 53,3 im Februar. Immer wenn der Index über 50 Punkten liegt, bedeutet das, die Wirtschaftsaktivität nimmt zu. Ist er unterhalb dieser Schwelle, nimmt sie ab. "Die Nachricht ist besonders positiv, weil man schon lange darauf wartet, dass der geldpolitische Lockerungskurs der EZB sich auch in der Realwirtschaft bemerkbar macht", sagt Chris Williamson, Ökonom bei Markit. Nach seinen Angaben bedeuten die Zahlen, dass die Wirtschaft im ersten Quartal um 0,3% gewachsen ist...
[Fortsetzung](#)

Comeback der spanischen Wirtschaft



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Spaniens ist im ersten Quartal 2015 um 0,8% angestiegen - verglichen mit dem letzten Quartal von 2014 - wie aus einem monatlichen Bericht der spanischen Zentralbank vom 26. März hervorgeht. Dieser geht zudem von einem Wachstum von 2,8% für das gesamte Jahr 2015 aus. Dieses spektakuläre Comeback lässt Ökonomen staunenden, scheint es auch stabil zu sein. Außerdem kündigte die Vize-Präsidentin der Regierung Soraya Sáenz de Santamaría noch an, dass das öffentliche Defizit in Spanien im Jahr 2014 5,7% des BIPs betragen habe, obwohl das von Brüssel vorgegebene Ziel bei 5,8% lag... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosigkeit hat in Frankreich im Februar zugenommen



Nach Angaben, die das Arbeitsministerium am 25. März gemacht hat, lag die Zahl der Arbeitssuchenden in Kontinental-Frankreich, die in der Kategorie A eingeschrieben sind, Ende Februar 2015 bei 3494400. Die Zahl stieg damit verglichen mit dem Vormonat (+0,4% oder +12800). Innerhalb eines Jahres nahm sie um 4,6% zu. Im Ganzen betrug die Zahl der Arbeitslosen in Kontinental-Frankreich in den Kategorien A, B und C 5363500 Ende Februar 2015 (oder 5561000 schließt man die Überseedepartements mit ein). Diese Zahl ist im Monat Februar um 0,6% (+30400) gestiegen. Im vergangenen Jahr nahm sie um 6,5% zu... [Fortsetzung](#)

Herabstufung der Bonität Griechenlands



Die Ratingagentur Fitch hat die Bonitätsnote für Griechenland am 27. März weiter herabgestuft, von 'B' auf 'CCC'. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass das Land von den Finanzmärkten weitestgehend abgeschnitten sei und unter Verweis auf die Unsicherheiten bei der Freigabe des internationalen Rettungspakets. Auch die Spannungen im Bankensektor, der in Sachen Staatsfinanzierung einem enormen Druck ausgesetzt sei, hätten eine Rolle gespielt... [Fortsetzung](#)

Die portugiesische Zentralbank veröffentlicht ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2015



Die portugiesische Zentralbank hat die Wachstumsvorhersage vom Dezember für das Jahr 2015 (+1,7%) und für das Jahr 2016 (1,9%) nach oben korrigiert. Die Beschleunigung der Wirtschaftsaktivitäten in der Periode 2015-2017 geht demnach vor allem auf eine Zunahme bei den Exporten zurück. Diese sind der Hauptmotor der portugiesischen

Kommission :

Kommission präzisiert ihre Strategie für einen digitalen Binnenmarkt



Die Europäische Kommission hat am 25. März die Tätigkeitsbereiche ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vorgestellt. Ziel wird es sein den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen im Internet für Konsumenten und Unternehmen zu verbessern (Erleichterung des grenzübergreifenden Internethandels, Modernisierung des Urheberrechts, Vereinfachung der Mehrwertsteuer). Beim digitalen Binnenmarkt geht es darum ein günstiges Klima für die Entwicklung des Netzausbaus und digitalen Dienstleistungsangebots zu schaffen (Verbreitung der Hochgeschwindigkeitsanschlüsse in Europa, Entwicklung von Online-Plattformen und Schutz der persönlichen Daten). Schlussendlich, steht die Schaffung einer digitalen europäischen Wirtschaft und Gesellschaft im Mittelpunkt, die ihr Wachstumspotenzial in Gänze ausschöpft (Vereinbarkeit mit den neuen Technologien, Übergang zu einem intelligentem Industriesystem)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Auswirkung des Handels auf die Wirtschaftsperformance in der EU



Eine Bericht der Europäischen Kommission, der am 26. März veröffentlicht wurde, hat die große Bedeutung von Handelsverträgen als Stützkraft und Motor der Wirtschaft in der Europäischen Union hervorgehoben. In der gesamten EU hängen 31 Millionen Arbeitsplätze - das sind mehr als 14% aller Beschäftigten - von der Exportwirtschaft ab. Jede zusätzliche Milliarde Euro im Exportsektor würde zur Entstehung von 14000 neuen Jobs beitragen. Im Rahmen einer informellen Zusammenkunft der Handelsminister in Riga wurde deshalb über eine neue Handelsstrategie gesprochen. Sie dürfte aller Voraussicht nach in diesem Jahr verabschiedet werden und einer Reihe von Handelsverträgen folgen, die gerade ausgehandelt werden und einen immer höheren Stellenwert in der Politik genießen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

1,8 Milliarden Euro für Asyl, Migration, Integration und Sicherheit



Die Europäische Kommission hat am 25. März 22 neue nationale Mehrjahresprogramme im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) für den Zeitraum 2014-2020 mit einem Gesamtwert von ca. 1,8 Milliarden Euro genehmigt. Im Laufe des Jahres werden weitere 36 nationale Programme genehmigt. Mit diesen Mitteln werden folgende nationale Bemühungen unterstützt: Erhöhung der Aufnahmekapazitäten, Verbesserung der Qualität der Asylverfahren gemäß den Standards der Union, Integration der Migranten und Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Rückkehrprogramme (für den AMIF) sowie Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation bei der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung (für den ISF)... [Fortsetzung](#)

2500 gefährliche Produkte im Jahr 2014 vom EU-Markt genommen



Die Kommission hat am 23. März bekanntgegeben, dass an die 2500 "gefährlichen" Produkte im Jahr 2014 vom Markt der Europäischen Union genommen wurden. Dabei handelte es sich größtenteils um Spielzeugwaren (28%) sowie Textil- und Bekleidungsartikel, die verboten wurden weil sie in den meisten Fällen chemische Risiken in sich bargen. Das Gros dieser Produkte stammt aus China (64%), wie schon im Jahr 2013. 2755 Folgemaßnahmen wurden über ein Schnellwarnsystem in Europa ergriffen. Dies geschieht immer dann, wenn ein Mitgliedsland ein Produkt entdeckt, das nicht den europäischen Sicherheitsstandards entspricht. Alle weiteren EU-Mitgliedsländer sollen so gewarnt werden, damit dort auch rigoros auf diese Gefahr reagiert werden kann... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht zum Handelsvertrag zwischen EU und Korea



Europa hat von dem im Juli 2011 in Kraft getretenen Handelsvertrag mit Südkorea profitiert. Die europäischen Exporte an Handelsgütern nahmen seit 2011 um 35% zu, das geht aus einem Bericht der Europäischen Kommission hervor, der am 26. März veröffentlicht wurde. Importe aus Südkorea sind im Gegenzug weitestgehend stabil geblieben... [Fortsetzung](#)

Bilanz der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2014



Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Europäischen Union, Federica Mogherini, haben am 25. März die Jahresberichte zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) für 2014 angenommen. Die Berichte beziehen sich auf 16 Partnerländer in Osteuropa und im südlichen Mittelmeerraum. Sie sprechen für das Folgejahr Empfehlungen aus, ziehen aber auch eine Bilanz für 2014: Es wurden mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine Assoziierungsabkommen unterzeichnet, während in Tunesien ein Übergang zur Demokratie erfolgte und die Beziehungen zu Marokko vertieft wurden. Die EU mobilisierte umfangreiche Hilfe, um Libanon und Jordanien bei der Bewältigung der wachsenden Auswirkungen der Syrien-Krise zu unterstützen. Die Konflikte und Krisen dauern aber sowohl im Süden als auch im Osten weiter an, mit der Ukraine-Krise und einer beträchtlichen Zunahme von Terroranschlägen... [Fortsetzung](#)

Neuer Antidumpingzoll auf Stahlprodukte aus China und Taiwan



Als Folge einer am 26. Juni 2014 eingeleiteten Untersuchung der Europäischen Kommission, nachdem zahlreiche europäische Unternehmen Beschwerde eingereicht hatten, hat die Kommission die Einführung eines Antidumpingzolls beschlossen. Er gilt ab dem 26. März für eine Dauer von 6 Monaten und bezieht sich auf bestimmte aus China und Taiwan importierte Stahlprodukte. Die infrage stehenden Dumpingpraktiken chinesischer und taiwanischer Unternehmen bestanden darin Verlustgeschäfte auf dem Europäischen Markt zu machen, um so die gesamte Konkurrenz auszuschalten. Die Zölle wurden nach dem von der europäischen Industrie erlittenem Schaden festgesetzt und von der Kommission kalkuliert. Die Kommission stellte dabei fest, dass das Volumen der Stahlproduktion im Untersuchungszeitraum um 5% zurückging, die Beschäftigung um 11% abnahm und die Arbeitskraft um 8% zurückging. Die betroffenen Parteien können Informationen einholen und in den nächsten 25 Tagen ihre Beobachtungen an die Kommission weitergeben... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Mario Draghi vor dem Europäischen Parlament



Der Präsident der EZB, Mario Draghi, hat am 23. März vor den europäischen Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses verkündet, dass die Inflation in den nächsten Monaten "sehr schwach oder negativ" bleibt. Grund hierfür seien die anhaltend tiefen Ölpreise. Die in 2015 auf 0% geschätzte Inflation dürfte im Folgejahr aber wieder 1,5% erreichen und 2017 dann 1,8%. Die Schätzungen hängen nicht zuletzt von den zahlreichen Aktivprogrammen ab, wie etwa dem monatlichen Aufkauf von Staatschulden im Wert von 60 Milliarden Euro. Draghi erklärte auch, Griechenland müsse den politischen Dialog wieder aufnehmen und Reformen akzeptieren. Wolle Griechenland von dem quantitativen Lockerungsprogramm profitieren, müsse man wieder zur Ausnahmeregelung zurückkehren, von der Griechenland profitiert hätte, und die es erlaubt hätten, dass Griechenland trotz hoher Schulden Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt verkaufen konnte. Er betonte, dass die Verhandlungen keine "Erpressungen" gewesen wären und dass die Politik der EZB mitnichten zum Ziel hätte Griechenland zu "ersticken". Vielmehr hätte sich die EZB mit einer Summe, die 65% des griechischen BIPs ausmacht engagiert... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Handel und Digitalis auf der Agenda des Ministertreffens in Riga



Die für Industrie zuständigen Minister haben sich am 26. und 27. Mai in Riga getroffen, um über einen einheitlichen Digitalmarkt zu diskutieren. Die Gespräche drehten sich auch darum, wie man ein intelligentes, nachhaltiges und möglichst breitgefächertes Wachstum in der Europäischen Union generieren kann: Dafür müsse man die Europäischen Vorschriften für den elektronischen Handel angleichen, territoriale Beschränkungen abbauen, für einen flächendeckenden Zugang zum Internet sorgen und die Interoperabilität von Dienstleistungen und Produkten gewährleisten. Die Handelsminister zeigten sich bei einem Treffen am 24. und 25. März zuversichtlich über das Voranschreiten der Verhandlungen für Handelsabkommen zwischen der EU und Japan, Vietnam und den USA (TTIP ist eine Priorität der lettischen Präsidentschaft). Ähnliches gilt für die WHO Verhandlungen (über einen Nachfolger des Bali-Arbeitsprogramms und eine Fortsetzung der Doha-Runde)... [Fortsetzung](#)

Eröffnung zweier neuer Verhandlungskapitel mit Montenegro



Die Unterhändler von Europäischer Union und Montenegro sind am 30. März darin übereingekommen zwei neue Kapitel im Beitrittsverfahren des Landes zur EU zu eröffnen. Anlässlich des dritten Treffens in Brüssel vereinbarte man, die Verhandlungen für die Kapitel 16 zur Steuerpolitik und 30 zu den Außenbeziehungen zu beginnen. Alles in allem gibt es 35 Kapitel, von denen nun 18 eröffnet wurden und 2 bereits geschlossen wurden... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Treffen der Außenminister zum iranischen Atomprogramm



Die obersten Diplomaten der großen Mächte und der Iran sind am 30. März in Lausanne zu einer Sitzung zusammengekommen, um die letzten Hindernisse für ein Abkommen über das iranische Atomprogramm aus dem Weg zu räumen. Zum ersten Mal seit den Verhandlungen in Wien im vergangenen November kamen der amerikanische, britische, französische, deutsche, russische und chinesische Außenminister auf der einen Seite, der iranische Außenminister auf der anderen Seite, sowie die Chefdiplomatin der EU zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Sie hoffen noch vor dem 31. März in dieser Streitfrage einen Vertrag zustande zu bringen, welche die Weltgemeinschaft seit 12 Jahren spaltet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Donald Tusk und Federica Mogherini zu Besuch in Tunesien



Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, und Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin und Vize-Präsidentin der Kommission sind am 31. März zu einem Besuch in Tunesien eingetroffen. Ihr Besuch dient vor allem dazu die Solidarität der Europäischen Union gegenüber dem tunesischen Volk zu bekunden und über Mittel zu diskutieren, mit denen Tunesien im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt werden kann. Sie trafen den Präsidenten der tunesischen Republik Béji Caïd Essebsi sowie Premierminister Habib Essid. Für Donald Tusk "wurden alle Europäer mit dem Anschlag auf das Nationalmuseum von Bardo getroffen, weil damit auf die Freiheit und Demokratie in Tunesien gezielt wurde". Der Besuch folgte dem am 17. März unterschriebenen Protokoll über die Teilnahme Tunesiens am Programm der EU... [Fortsetzung](#)

Kuba-Besuch von Federica Mogherini



Die Hohe Vertreterin der EU in Auswärtigen Angelegenheiten, Federica Mogherini, hat am 23. und 24. März in Kuba den kubanischen Außenminister Bruno Rodriguez getroffen. Der Besuch war vor allem symbolischer Natur (es war der erste offizielle Besuch eines EU-Chefdiplomaten in Kuba), weil er sich in den Kontext der verbesserten Beziehungen zwischen der Insel und den USA einfügte. Während ihrer Treffen mit Regierungsverantwortlichen, dem Erzbischof von Havana Jaime Ortega und Vertretern der Zivilgesellschaft erklärte Mogherini die Beziehungen zwischen Kuba und der EU wieder "normalisieren" zu wollen. Seit 1996 war eine Annäherung von Fortschritten bei den Grundfreiheiten, des Zivilrechts und politischen Reformen abhängig gemacht worden... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Europäische Staatsangehörige können von Sozialleistungen anderer Mitgliedsstaaten ausgeschlossen werden



Nach Ansicht von Generalanwalt Melchior Wathelet können Europäische Staatsangehörige in einem Mitgliedsland, dessen Nationalität sie nicht besitzen, von bestimmten Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Drei Fallgestaltungen müssen unterschieden werden: Im ersten Fall, wenn sich ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaats begibt und sich dort aufhält, ohne eine Arbeit suchen zu wollen, kann er von den Leistungen der Sozialhilfe ausgeschlossen werden. Wenn sich ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats in ein anderes Mitgliedland begibt, um dort Arbeit zu suchen, ist ein solcher Ausschluss aus den gleichen Gründen ebenfalls berechtigt. Aber in dem Fall, in dem sich ein EU-Staatsangehöriger dort länger als drei Monate aufhält und bereits eine Arbeit ausgeübt, können ihm nicht automatisch die Sozialleistungen vorenthalten werden, vielmehr ist eine Prüfung des Einzelfalls notwendig. Die Art und Weise der Arbeitslosigkeit muss analysiert werden (freiwillig oder unfreiwillig) sowie die Qualität der Beziehung zu dem Land, in dem der Antrag gestellt wird... [Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

EU-Rechnungshof veröffentlicht einen Bericht zur Jugendgarantie



Der Europäische Rechnungshof hat am 24. März einen Bericht veröffentlicht, in dem er die Kosten der Jugendgarantie analysiert. Diese Garantie war im Jahr 2013 mit dem Ziel gegründet worden, den unter 25-Jährigen bei der Suche einer Arbeit, eines Praktikums oder eines Ausbildungsplatzes zu helfen. Der Rechnungshof stellte nun fest, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, um diese zu erfüllen. Die Europäische Kommission würde die gesamten Kosten des Programms (zugesichert von der EU und den Mitgliedsstaaten) auf 16,7 Milliarden Euro für 2014-2020 schätzen, obgleich in der Realität 21 Milliarden pro Jahr anfielen. Die zusätzlichen Kosten werden wegen Maßnahmen fällig, die in den Mitgliedsstaaten notwendig sind, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, und die nicht von dem Programm erfasst wurden. Nichtsdestotrotz ist der Rechnungshof auch weiterhin von der Nützlichkeit der Jugendgarantie überzeugt. Er lädt Kommission und Mitgliedstaaten dazu ein weiter an diesem Projekt zu arbeiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Agenturen :

Start von zwei neuen Galileo Satelliten



Europa ist am 28. März der Start zweier neuer Galileo Satelliten gelungen. Nach Angaben der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) wurden die Satelliten "auf der anvisierten Umlaufbahn, in einer Höhe von ungefähr 23.500 km, und 3 Stunden und 38 Minuten nach dem Startschuss" abgeworfen. Eine russische Trägerrakete vom Typ Soyouz, die von Karou aus gestartet war, brachte den siebten (Sat-7) und achten (Sat-8) Satelliten "in Position". 30 Satelliten sollen es insgesamt werden. "Der Start bedeutet, dass die Arbeit an der Galileo-Architektur wieder aufgenommen wurde", sagte ESA-Generaldirektor Jean-Jacques Dordain... [Fortsetzung](#)

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit veröffentlicht Empfehlungen als Folge des A320 Absturzes in Frankreich



Die Europäische Agentur für Flugsicherheit hat am 27. März neue Sicherheitsempfehlungen (EASA) veröffentlicht. Damit reagiert sie auf den Absturz des Germanwings-Flugzeuges am 24. März, als ein Co-Pilot das Flugzeug absichtlich gegen ein Bergmassiv steuerte, nachdem der Pilot das Cockpit verlassen hatte. Bei dem Unfall kamen 150 Menschen ums Leben. Die EASA empfiehlt unter anderen, dass immer 2 Personen während der gesamten Dauer des Fluges im Cockpit anwesend sind, unter ihnen ein qualifizierter Pilot... [Fortsetzung](#)

EU-weite Operation zerschlägt Netzwerk für illegale Einwanderung



Eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung, unter Beteiligung von Europol und Eurojust, hat es 400 Einsatzkräften erlaubt einen Ring für illegale Einwanderung zu zerschlagen. 77 Verdächtige wurden in Österreich, Deutschland, Tschechien, Frankreich, Ungarn, dem Kosovo und der Slowakei festgenommen. Die Mehrheit der Beschuldigten, die größtenteils aus Zentraleuropa und dem Balkan stammen, schleusten Migranten über Serbien nach Ungarn, wo sie von weiteren Angehörigen des kriminellen Netzwerkes in Empfang genommen wurden. In den meisten Fällen stellten die Migranten dann ein Asylgesuch in Ungarn, bevor sie in andere Länder der EU transportiert wurden. Die Operation ist das erste konkrete Ergebnis der Operation FALKO, die von Ungarn im Rahmen des Aktionsplanes gegen illegale Einwanderung (EMPACT) ins Leben gerufen worden war. Diese Plattform ermöglicht es den EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam gegen illegale Einwanderung zu kämpfen... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Besuch der deutschen Kanzlerin in Finnland



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ist am 30. März nach Helsinki gekommen, um den finnischen Präsidenten Sauli Niinistö und Premierminister Alexander Stubb zu treffen. Die Kanzlerin kam dabei auf die engen Beziehungen zu sprechen: Beide Ländern seien sich nicht nur über die "gemeinsamen Werte, sondern auch in zahlreichen aktuellen Fragen wie Forschung und Entwicklung oder dem Stabilitätspakt in der Eurozone" einig. Finnland ist für die Kanzlerin auch deshalb ein wichtiges Land im Russlandkonflikt, weil es ein wichtiger Partner Russland ist. Die beiden

Österreich :

Österreichischer Außenminister zu Besuch in der Ukraine



Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz ist am 25. März zu einem offiziellen Besuch in die Ukraine gekommen. Er traf dort den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, um mit ihm über die Situation in seinem Land zu diskutieren. Der ukrainische Staatschef informierte ihn über den Stand der Dinge im Donbass und dankte Österreich für seine humanitäre Hilfe. Beide Männer diskutierten über eine mögliche Friedensmission im Osten der Ukraine, um im Donbass dauerhaft für Frieden zu sorgen. Der ukrainische Präsident bemerkte außerdem, dass sich die Behörden seines Landes nicht einzig und allein um Sicherheitsfragen kümmern, sondern auch um institutionelle und wirtschaftliche Reformen bemüht sind. Er lud Österreich ein in das Land zu investieren. Die ukrainische Regierung wartet noch immer darauf, dass Österreich den Assoziierungsvertrag zwischen EU und Ukraine ratifiziert... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Bulgarien will einen neuen Atomreaktor bauen



Der bulgarische Energieminister Temenuzhka Petkova hat sich auf einer Konferenz zur Atomenergie in Sofia am 26. März für den Bau eines neuen Atomreaktors in Kozlodui ausgesprochen. Das Land beauftragte das amerikanische Atomenergieunternehmen Westinghouse mit dem Bau und beteiligte es mit 49% bei der Finanzierung des Projekts. Im Gegenzug erhält das Unternehmen 49% der bulgarischen Anteile am Reaktor. Diese Entscheidung fiel, obwohl Premierminister Boyko Borissov erst kürzlich vor einer nuklearen Katastrophe in Bulgarien warnte, wenn sich Russland weiter dagegen sträube Kernkraftwerke zu modernisieren... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Klimagipfel der Bürgermeister großer europäischer Städte



Am 26. März hat in Paris der Klimagipfel der Bürgermeister der großen europäischen Städte stattgefunden. Auch der Europäische Kommissar für Energie und Klima war anwesend. Der französische Präsident François Hollande wiederholte dort seinen Wunsch, wonach man auf dem Klimagipfel in Dezember in Paris zu einem Vertragsabschluss kommen müsse. Er unterstrich die wichtige Rolle Europas im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Die Zukunft des Klimas liege in den Händen des Staates, aber auch bei lokalen Zusammenschlüssen, Unternehmen, Verbänden und Nichtregierungsorganisation. Die 26 anwesenden Bürgermeister unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung mit neuen Projekten angestoßen werden sollen, etwa zum Kampf gegen die städtische Ausdehnung, gegen Abfallproduktion; aber auch, um Natur und Biodiversität in den Städten zu neuer Blüte zu verhelfen, sowie Recycling und Energieeffizienz zu stärken... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Rede von Alexis Tsipras vor dem griechischen Parlament



Alexis Tsipras hat am 30. März eine Dringlichkeitssitzung im griechischen Parlament einberufen. Ziel war es die Unterstützung der Opposition für die Verhandlungen zu gewinnen, die Tsipras und Finanzminister Varoufakis seit einigen Wochen mit der Eurogruppe führen. Auch wenn der Premierminister hoffte alle Mitglieder des Parlaments hinter seinem Programm zu versammeln, so sprach er in seiner Rede über die vernichtende Bilanz, welche die konservative Regierung von Antonis Samaras hinterlassen habe, etwa einen Primärüberschuss von nur 0,3% des BIP entgegen den versprochenen 3,5%. Samaras, Vorsitzender der konservativen Nea Dimokratia warf dem neuen Premierminister daraufhin vor "das griechische Volk zu belügen". Des Weiteren wurde die liberale Einwanderungspolitik von dem Führer der neonazistischen Partei Goldene Morgenröte kritisiert. Einzig der Vorsitzende der Mitte-links Partei To Potami erklärte die Regierung unterstützen zu wollen, betonte aber, dass die Neuverhandlung der Schulden "unvermeidbar" seien... [Fortsetzung](#)

Polen :

Polnischer Präsident Komorowski ruft zu einem "neuen Marschallplan für die Ukraine"

auf



Im Rahmen einer vom German Marshall Fund organisierten Konferenz hat der polnische Präsident Bronislaw Komorowski am 22. März eine Rede in Brüssel gehalten. Er rückte dabei in den Vordergrund, dass EU und NATO eine neue transatlantische Strategie gegenüber Russland benötigen, die sich nicht nur auf Verteidigungsfragen beschränkt, sondern auch wirtschaftliche Kooperation miteinschließt. Er appellierte zudem an alle NATO Mitglieder mindestens 2% ihres BIP auf dem militärischen Gebiet zu investieren. "Die Sicherheit heute zu vernachlässigen, kann schon morgen einen Verlust der Unabhängigkeit zur Folge geben", so der polnische Präsident... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Auflösung des britischen Parlaments im Zuge der bevorstehenden Wahlen



Im Zuge der anstehenden Neuwahlen am 7. Mai endet auch die Legislaturperiode des britischen Parlaments automatisch am 30. März. Das neue Parlament wird am 27. Mai seine konstituierende Sitzung abhalten... [Fortsetzung](#)

Fernsehdebatte zwischen David Cameron und Ed Miliband



Für den britischen Premierminister David Cameron und den Führer der Arbeiterpartei Ed Miliband hat sich am 26. März eine erste Gelegenheit ergeben ihre Argumente vor einem 2.6 Millionen Publikum bei einer Fernsehdebatte auf 4/Sky News zu testen. In den getrennt geführten Gesprächen mit den beiden Kandidaten nahm der Moderator Jeremy Paxman kein Blatt vor den Mund. Es boten sich zahlreiche Möglichkeiten für die beiden Parteiführer über heikle Themen zu stracheln, wie das Gesundheitssystem für David Cameron und Wirtschaftsfragen für Ed Miliband. Die Umfragen sehen David Cameron knapp in Führung, aber das Rennen bleibt auch weniger als zwei Monate vor den Parlamentswahlen am 7. Mai äußerst knapp... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

EU-Ukraine Gipfel am 27. April



Der Ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am 28. März eine Telefonkonferenz mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker geführt. Die beiden Männer kamen darin überein, am 27. April einen Gipfel zwischen der europäischen Union und der Ukraine abzuhalten, wie es auch im Assoziierungsvertrag vorgesehen ist. Poroschenko erneuerte seine Forderung nach der Einrichtung einer Friedensmission im Osten der Ukraine. Es wurde auch über neue Mechanismen gesprochen, wie man die Finanzhilfe für die Ukraine zu erhöhen könne... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Neue Konvention des Europarates gegen den Handel mit menschlichen Organen



Vierzehn Länder (Albanien, Österreich, Belgien, Spanien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Moldawien, Norwegen, Portugal, Tschechien, Großbritannien und die Türkei) haben am 25. März in Spanien den ersten internationalen Vertrag zur Vorbeugung und zum Kampf gegen den Handel mit menschlichen Organen unterschrieben. Jährlich werden damit mehr als eine Milliarde Euro an illegalem Profit generiert, gab der Europarat bekannt. Der Text erklärt ganz spezifisch, dass jede Organentnahme von lebenden oder bereits gestorbenen Spendern eine Straftat darstellt, wenn diese nicht aus freier Zustimmung gespendet werden. Es wird auch als illegal erachtet, wenn Organe von einer verstorbenen Person entnommen werden, sofern dies nicht von nationalem Recht geregelt ist und ausdrücklich um des Profits willen geschieht. Die Konvention wird erst in Kraft treten, wenn sie auch von mindestens fünf Länder ratifiziert wurde... [Fortsetzung](#)

UNO :

Asylgesuche in den Industrieländern steigen 2014 stark an



Der Hohe Kommissar der Vereinten Nation für Flüchtlinge gab am 26. März die Zahl der 2014 eingereichten Asylanträge bekannt. Er konstatierte, dass die Kriege in Syrien und im Irak - und die bewaffneten Konflikte, Menschenrechtsverletzungen sowie eine verschlechterte Sicherheitslage und humanitäre Situation in anderen Ländern - den

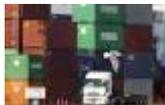
größten Anstieg an Asylgesuchen seit 22 Jahren in den Industrieländern bewirkt hätten. Die Anzahl stieg auf 866000 und damit um 45% verglichen mit 2013, Europa verzeichnete sogar einen Anstieg um 47%. Am meisten Anfragen wurden in Deutschland gestellt, mit mehr als 173000 registrierten Asylanträgen, während Schweden mit 75100 Anfragen auf dem vierten Platz lag. In Italien registrierte man 63700 neue Asylgesuche 2014, was die höchste jemals registrierte Zahl ist...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Veröffentlichung der internationalen Handelszahlen für 2014



Eine am 27. März veröffentlichte Studie von Eurostat zufolge bleiben die USA und China die Haupthandelspartner der Europäischen Union. 15% des internationalen Warenverkehrs der EU entfallen auf die USA (2002 waren es noch 24%), 14% auf China (gegenüber 7% 2002). Danach folgen Russland (8%) und die Schweiz (7%). Die am meisten zwischen EU und der restlichen Welt ausgetauschten Warengüter sind Maschinen und Transportmaterial, Fertigwaren und mineralische Brennstoffe. Die Mehrheit der Mitgliedsländer hat aber ihren Haupthandelspartner in der EU (Im Fall von Deutschland sind es 16 Mitgliedsländern). Ausnahmen sind nur Irland (Haupthandelspartner sind die USA), Griechenland (Türkei), Litauen (Russland), Schweden (Norwegen) und Großbritannien (USA)... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Luxemburg ist zu abhängig von seinem Finanzsektor



Einer OECD-Studie zufolge, die am 27. März veröffentlicht worden ist, stellt die Abhängigkeit Luxemburgs von nur einem Sektor mittelfristig ein Risiko für die Wirtschaft des Landes dar. Die Experten empfehlen dem Land zusätzliche Maßnahmen umzusetzen, um die Steuertransparenz zu erhöhen und aktiv an den internationalen Verhandlungen gegen die Steuerhinterziehung von Unternehmen teilzunehmen... [Fortsetzung](#)

Studie zum Schuldenaufkaufprogramm der EZB



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt in einer Studie, dass die Eurozone eine bessere Koordinierung von Haushaltspolitik und Strukturpolitik braucht, will sie das Wachstum wiederbeleben. Die Auswirkungen des Schuldenaufkaufprogrammes der Europäischen Zentralbank (EZB) blieben außerdem ungewiss... [Fortsetzung](#)

IWF-Bericht zu Handelsverträgen



Der Internationale Währungsfonds hat am 23. März gefordert, dass der zwischen den USA und der Europäischen Union diskutierte Freihandelsvertrag (TTIP) "transparent" und "offen" für andere Länder bleiben müsse, um eine "Fragmentierung" des Welthandels zu vermeiden. "Neue Liberalisierungsabkommen müssen offen, transparent und umfassend sein" heißt es in dem IWF-Bericht. Die Diskussion zu TTIP, die das Ziel haben Zoll- und Regulierungsbarrieren zwischen Europa und den USA abzubauen, waren im Juli 2013 begonnen worden, als Antwort auf die Blockade für weitere Liberalisierungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO). Während das zukünftige Ankommen in Europa Ängste über eine allumfassende Deregulierung auslösen, sorgt sich der IWF mehr darum, dass dieses wie schon das bereits verhandelte Abkommen zwischen den USA und der Asien-Pazifik Region (TPP) "eine Fragmentierung" des weltweiten Handels herbeiführt... [Fortsetzung](#)

Überwachung über die Umsetzung der EGMR-Urteile: Minister-Komitee legt seinen Jahresbericht vor



Das Ministeriums-Komitee hat am 23. März seinen jährlichen Bericht für das Jahr 2015 zur Überwachung der Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte veröffentlicht. Die Statistiken für 2014 bestätigen eine positive Entwicklung seit 2011. Sie zeigen, dass sich die Zahl der anhängigen Verfahren halbiert hat und dass die Zahl der abgeschlossenen Fälle ein Rekordniveau erreicht hat, dankt der umgesetzten Maßnahmen durch die Behörden in den Mitgliedsstaaten... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

"Die Rückkehr des keltischen Tigers"



Das Institut für Unternehmen hat die Studie "Irland: Rückkehr des keltischen Tigers" unter Bezugnahme auf die dortige Haushaltskonsolidierung und den wirtschaftlichen Aufschwung veröffentlicht. Ende 2010 war Irland das zweite europäische Land nach Griechenland, dass Finanzhilfe beim IWF und der europäischen Kommission beantragte. Ende 2013 verlies es das Rettungsprogramm der Troika. Seit dieser Zeit wächst die irländische Wirtschaft wieder, die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Refinanzierungskosten auf den Finanzmärkten sind weniger geworden: Das wiedergewonnene Vertrauen erlaubt es Irland nun sich zu günstigeren Zinsen als Italien und sogar Großbritannien Geld zu leihen. Mit seinen Einsparungen im Haushalt, dass die Ausgaben begrenzte (bei Beschäftigten und Sozialtransfers) und Strukturreformen im Bankensektor sowie dem Zuschnitt der Lokalverwaltung ist Irland ein Musterbeispiel für gelungene Strukturreformen und Haushaltssanierung...

[Fortsetzung](#)

Kultur :

Vélasquez Ausstellung in Paris



Das Pariser Grand Palais zeigt noch bis zum 13. Juli zusammen mit dem Louvre, dem Wiener Kunsthistorischen Museum und dem Museo del Prado eine Ausstellung über den spanischen Maler Diego Vélasquez (1599-1660). Vélasquez gehört zur ersten Riege der Maler in Spanien und weltweit. Als wichtigster Vertreter der Bewegung des Barocks wird er als einer der berühmtesten Künstler der Kunstgeschichte verehrt. Trotz

dieses Ruhms ist die Einzelausstellung die erste in Frankreich, die sich seinem Werk widmet... [Fortsetzung](#)

Eröffnung des Centre Georges Pompidou von Malaga



Der spanische Regierungspräsident Mariano Rajoy und der Bürgermeister von Málaga haben am 28. März das neue 6300 m² große Centre Georges Pompidou Málaga eröffnet, dass nun eines der sechs größten Museen der Stadt ist. Das Centre, das auch eng verflochten mit dem gleichnamigen Pariser Museum ist, stellt 80 Werke aus, darunter sind so große Namen wie Picasso, Bacon, Giacometti, Magritte, De Chirico, Frida Khalo oder Chagall vertreten. Zwei oder drei temporäre Ausstellungen soll es zudem pro Jahr geben. Dank dieses neuen Museums wird Málaga nun zu einer internationalen Adresse für moderne und zeitgenössische Kunst... [Fortsetzung](#)

Osterfestspiele von Baden-Baden



Die Osterfestspiele von Baden-Baden, die noch bis zum 6. April stattfinden, beherbergen das Berliner Philharmonie-Orchester zum dritten Mal. Thematisch dreht sich das Festival in diesem Jahr ganz um "den Rosenkavalier". Der Leiter des Orchesters Sir Simon Rattle wird eine Version der Oper "Damnation de Faust" von Berlioz dirigieren. Es werden aber auch zahlreiche Solisten, unter ihnen Marta Agerich und Isabelle Faust, auftreten...

[Fortsetzung](#)

Osterfestspiele in Salzburg



Am 6. April finden die Salzburger Osterfestspiele statt. Im Opernsaal von Salzburg werden dann zahlreiche Symphonieorchester und Opernstücke mit Darbietungen von Tschaikowski, Prokofjew oder Mascagni inszeniert. Der weltberühmte Tenor Jonas Kaufmann wird gleich an mehreren Aufführungen teilnehmen: Er hat eine Rolle in zwei Opern (Cavalliera Rusticana und Pagliacci) und einen Solistenpart im Verdi-Requiem...

[Fortsetzung](#)

Osterfestspiele von Aix en Provence



Bis zum 12. April finden in Aix-en-Provence die Osterfestspiele 2015 statt. Unter der Leitung von Renaud Capuçon und Dominique Bluzet treten dort auch in diesem Jahr wieder Stars aus der internationalen Klassikszene in einem originellen Programm auf. Die Konzerte finden im Großen Theater der Provence, im Konservatorium Darius Milhaud, im Theater Jeu de Paume, in der Saint-Saveur Kathedrale und der Kirche Saint-Jean de Malte statt... [Fortsetzung](#)

Agenda :



30. März bis 1. April

Brüssel

Zusammenkunft der parlamentarischen Ausschüsse des Europäischen Parlaments



31. März

Berlin

Deutsch-französischer Ministerrat

Tunis

Reise des Präsidenten des Europäischen Rates nach Tunesien

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Leslie Biaggi, Romain Denninger, Flora Dumont,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly

Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}